



Dr. Conradin Cramer
Grossratspräsident

Schlussrede als Präsident des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt

15. Januar 2014

Herr Statthalter,
Herr Regierungspräsident,
Frau Regierungsrätin, Herren Regierungsräte,
Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen,
Meine Damen und Herren,

Erstaunlicherweise hatte ich viel Zeit zum Nachdenken dieses Jahr. Zwar sass ich hier oben auf dem sogenannten Bock und hörte Ihnen zu. Aber Sie alle wissen, dass man das Zuhören die sechs Stunden eines Grossratstages nicht ganz durchhält. Wenn manche von Ihnen säuberlich getippte Manuskripte verlasen, die sich nicht darum kümmerten, was Vorrednerinnen schon gesagt hatten, drifteten meine Gedanken ab. Ganz präsidial auf Ausgleich und Harmonie bedacht, gab ich mich grossen Fragen hin: Warum, fragte ich mich, sind wir nur immer so unterschiedlicher Meinung? Und wenn wir uns schon nicht einig werden, warum muss die Meinung der Anderen gleich komplett absurd, unsinnig und schädlich sein?

Könnten wir uns auf gute Politik einigen?

Ich überlegte mir, ob es nicht einfach gute Politik gibt. Ob wir uns - wir alle hundert - auf Leitsätze einigen könnten. Angenommen, wir wären nicht auf eine Grossratsreise mit Schiff, Wein und Gesang gefahren, sondern in eine Art Konklave wie Kardinäle und "Kardinälinnen", um uns zu einigen, was gute Politik ist. Ganz abstrakt. Würden wir das schaffen? Ich formulierte für mich ein paar Leitsätze und überlegte dann, ob Heidi Mück die unterschriebe, wenn oben schon Joël Thüring unterschrieben hätte, und was Roland Lindner als Architekt dazu ausführen würde, welche Zwischenfragen Jürg Meyer, welche Rechenbeispiele Remo Gallacchi, welche Nachhaltigkeitsaspekte Miriam Ballmer und - meine Zweifel wuchsen.

Einer meiner zaghaften Versuche für einen solchen Leitsatz lautete: Ein guter politischer Entscheid führt dazu, dass es möglichst vielen Menschen besser geht, ohne dass es anderen Menschen schlechter geht. Ich fand das einen griffigen Gedanken, im Wissen darum, dass er nicht von mir ist. Vielleicht, dachte ich mir, könnten wir uns auf so einen Satz einigen, nachdem David Jenny ein präzisierendes Komma angebracht, Christian von Wartburg den letzten Satz eines mäandrierenden Plädoyers nach Ablauf der Redezeit beendet und Heiner Überwasser uns auf die Nähe zur einer seiner Fussballweisheiten hingewiesen hätte.

Ein scheussliches Handy-Geläut riss mich aus meinem Tagtraum. Ich ärgerte mich über den schamlosen Telefonierer im Grossratssaal und über meine eigene Naivität. So ein gemeinsamer Leitsatz brächte uns ja keinen Schritt weiter auf dem Weg zur Harmonie. Wir sind uns nämlich nicht einig, was "gut für die Menschen" auf unseren 37 Quadratkilometern bedeutet. Die einen finden das, was sie Freiheit nennen, ganz wichtig, die Selbstbestimmung, die Verantwortung jedes Menschen für sein Leben. Andere sehen noch vor der Freiheit die Gleichheit als Ziel, sie möchten den Staat als nehmende und verteilende Autorität stärken.

Ich liess meine hochtrabenden Gedanken sein, zumal auch das die Zehn-Minuten-Grenze streifende Votum sein von kaum jemand bedauertes Ende fand und zu allem Unheil Einzelsprecher zu befürchten waren. Mir war klar: Wir würden uns nicht einig werden, auch nicht

im Grundsatz. Das vom Parlamentsdienstgeneralstab organisierte Konklave brächte nichts, ausser vielleicht ein paar neue Gerüchte und Verwirrungen von Herzen. Was gute Politik ist, können wir nicht abstrakt bestimmen. Vergessen wir die Harmonie, dachte ich mir, läutete mit der Glocke, setzte mein seriös zuhörendes Gesicht auf und hing weiter meinen Gedanken nach.

Vielleicht, überlegte ich mir, würden wir uns einig beim Umgang mit der Uneinigkeit. Oder - um es mit den komplizierten Philosophen nichtbürgerliche Provenienz zu sagen - wir könnten uns doch auf gewisse Diskursregeln verständigen, die über unsere Geschäftsordnung hinausgehen. Ich kam auf drei Ideen, wahrscheinlich auch deshalb, weil ich gestärkt von unzähligen Reden mit immer genau drei Punkten nach meinem Präsidentschaftsjahr nur noch in Trilogien denken kann.

Der gute Glaube des politischen Gegners

Als erstes kam mir folgende Idee für eine solche Diskursregel: Anerkennen wir, dass auch politische Gegner das Gute und Richtige wollen. Dass die anderen also nicht einfach eigennützig daherreden oder dumm und dreist sind. Im Privatrecht, einer meiner intellektuellen Wahlheimaten, gibt es den wichtigen Grundsatz, dass vom guten Glauben auszugehen ist. In Artikel 3 unseres Zivilgesetzbuches von 1907, das den Höhepunkt schweizerischer Gesetzeskunst darstellt, steht prominent und hübsch formuliert: Das Dasein des guten Glaubens einer Person ist zu vermuten. Wenn also ein politischer Gegner etwas sagt, dass Ihnen die Nackenhaare hoch stehen lässt, weil Sie es grundfalsch finden, gehen Sie davon aus, dass er wirklich glaubt, was er sagt. Gehen Sie einfach mal davon aus, dass die politische Gegnerin auch das Gute will, aber das Gute anders definiert als Sie. Möglicherweise ist mein Vorschlag etwas zu vertrauensselig, da wir ja von uns selbst wissen, dass wir manchmal kleinliche Ziele verfolgen, Parteiinteressen oder gar eigene. Aber mindestens darf man vermuten, dass andere nicht ruchloser sind, als man selbst. Diese Art zu denken – das ist jedenfalls meine Erfahrung – führt nicht zu mehr Harmonie, aber zu einem respektvolleren Diskurs. Und nochmals anderes beleuchtet: Wäre es nicht unglaublich arrogant zu glauben, nur die eigene Meinung oder – mangels einer eigenen Meinung – die Meinung der eigenen Fraktion sei die einzig richtige für die Welt? Es wäre doch absurd zu denken, dass man es selbst immer besser weiss, oder – was ich noch schlimmer finde –, dass man moralisch immer Recht hat. Das moralische Überlegenheitsgefühl ortete ich übrigens auf allen politischen Seiten und es hat mich selbst in meiner neutralen Präsidentschaftsfunktion dazu geführt, wie der emotionsunterdrückende Mister Spock manchmal eine Augenbraue hochzuziehen. Gerade in den politischen Randzonen ist die Überzeugung von der eigenen höheren Moral manchmal beängstigend ausgeprägt. Das hat für mich etwas Paradoxes, da alle Lebenserfahrung zeigt, dass die Wahrheit selten am Rand liegt.

Gelassenheit

Meine zweite Idee kam mir anlässlich der Beratung eines Verkehrsgeschäfts, also während einer langen und nicht von grosser Freundlichkeit geprägten Debatte. Im rhetorischen Tram- und Autolärm hatte ich den einfachen, aber nicht zu unterschätzenden Gedanken, dass etwas mehr Gelassenheit wohl niemandem schaden würde. Die politischen Kämpfe, die Generationen vor uns führten, sind doch eigentlich vorbei. In unserer saturierten Demokratie sind alle grundversorgt, jeder darf seine Stimme erheben und wird auch gehört, wir sind rechtsstaatlich so gut gebettet wie wohl niemand sonst auf der Welt. Wir politisieren in dem ungeheuren Luxus, dass wir uns auf die Verbesserung des schon heute nicht Schlechten konzentrieren können. Wer die ganz grossen rhetorischen Keulen schwingt, wirkt seltsam unpassend in unserem Saal. Und die nicht kalt zu kriegenden Links-Rechts-Standardprüche passen gar nicht zu unseren filigranen Problemen, sie wirken abgehört, kommen aus einer früheren Zeit. Eine Tempo-30-Zone oder das Budget des Gleichstellungsbüros taugen nicht zur Stilisierung als Wegscheidung für das weitere Schicksal von Basel. Nicht, dass ich der Leisetreteri das Wort reden will – bewahre: Scharfzüngige Rhetorik und harte Debatten sollen sein. Wir sollten alle unsere Entscheidungen für Basel sehr ernst nehmen, aber - piano, piano - uns dabei bewusst sein, dass es nicht die Weltprobleme sind, die wir hier verhandeln, und wir nicht so tun müssen, als wären sie es.

Hemmungen beim Regulieren darf man haben

Ich will nicht den Eindruck erwecken, dass ich mich hier oben gelangweilt und wie ein Prinz im Elfenbeinturm nur vor mich hin philosophiert hätte. Meistens hörte ich Ihnen wirklich zu. Dabei ist mir aufgefallen, wie gern Sie alle – auch die sich ganz liberal Gebenden – Regeln setzen. Der Glaube an die heilsame Kraft der Regulierung ist tief in den Herzen der Regierungs- und Grossratsmitglieder verankert. Was haben wir wieder Gesetze erlassen dieses Jahr, die dem Regierungsrat die Vorlage geben, um Verordnungen zu erlassen, die den Departementen eine Vorlage sind für Weisungen! Ich staune manchmal, wie wir zwar kritisch über Einzelheiten diskutieren, aber die Notwendigkeit einer Regulierung an sich selten in Frage stellen. Eine für mich beeindruckende Ausnahme war das sogenannte Hooligan-Konkordat. Hier fanden die meisten von Ihnen neue Vorschriften unnötig. Das zeigt, dass die gesunde Furcht der freien Bürgerin und des freien Bürgers vor zu viel staatlichem Eingriff in unsere Gesellschaft noch manchmal auflodert. Mein hoffnungsvoller Verdacht ist, dass die meisten von uns eine liberale oder subversiv-konservative Regulierungshemmung in sich tragen – unabhängig, wie sich ihre Partei nennt. Ich wünsche mir, dass Sie diese gut schweizerische Skepsis vor neuen Vorschriften ungenierter ausleben. Wie beim Hooligan-Konkordat sollten wir den Regierungsrat und uns selbst häufiger fragen, ob und warum eine neue Vorschrift nötig ist. Als Leitzsatz würde ich dazu ganz einfach formulieren: Es muss sehr gut begründen, wer vom Grossen Rat ein Gesetz will.

Zusammenfassung

Solche Gedanken kamen mir also in diesem Präsidialjahr und auch noch andere, weniger staatstragende, mit denen ich Sie dann nächste Woche in der abendlichen Intimität des Saales Sydney im Kongresszentrum behelligen werde.

Die Essenz meiner offiziellen Schlussrede kann ich ganz einfach zusammenfassen: Im politischen Diskurs sollte man den guten Glauben beim politischen Gegner vermuten. Man sollte Meinungsunterschiede über die wichtigen, aber nicht weltbewegenden Fragen unseres schönen Kantons gelassen, ohne moralischen Überlegenheitsgestus diskutieren. Gegenüber neuen Regulierungen darf man unabhängig von der politischen Haltung ganz grundsätzlich skeptisch sein.

Wenn Sie der Meinung sind, ich hätte Ihnen heute nichts Neues erzählt, würde mich das ausserordentlich freuen.

Dank

Schliesslich erlauben Sie mir noch ein paar Dankesworte: Mein Dank für dieses für mich ausserordentliche Jahr gebührt Ihnen allen für Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung. Besonders danken will ich dem Herrn Statthalter, den Mitgliedern des Ratsbüros, dem Parlamentsdienst unter der Leitung von Thomas Dähler und allen mit dem Grossen Rat verbundenen Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung. Dank gebührt meiner Arbeitgeberin, die politisches Engagement fördert, weil sie der Auffassung ist, dass sich das für eine gute Arbeitgeberin gehört. Schliesslich danke ich meinen engsten Bezugspersonen dafür, dass sie mit Rat, Tat und Liebe für mich da waren und erfreulicherweise noch immer sind.

Es war mir eine Ehre, Ihr Präsident sein zu dürfen. Ich erkläre die letzte Sitzung des ersten Amtsjahres der 42. Legislatur des Grossen Rates für geschlossen.